

der Finanzkrise und im Hinblick auf die EU2020 Agenda gerade wieder neu. Was es jetzt braucht ist Mut, Ideenreichtum und konsequentes Handeln. Oder, wie Willy Brandt es seinen Zeitgenossen während

der ersten Europawahl 1979 zugerufen hat: »Wir müssen an die Hoffnungen glauben, die uns anvertraut wurden.«

(Übersetzung aus dem Englischen von Julian Heidenreich)



Ania Skrzypek

ist Senior Research Fellow bei der Foundation for European Progressive Studies (FEPS).

ania.skrzypek@feps-europe.eu

Ralf Melzer

Europa und seine Feinde von rechts

Zerfällt Europa? Zum Glück (noch) nicht, ist man geneigt, spontan auf diese Frage zu antworten. Fest steht aber, dass quer durch Europa die radikale Rechte genau an diesem Ziel arbeitet. Und fest steht genauso, dass die europäische Idee nicht nur finanz- und sozialpolitisch unter Druck steht, sondern auch gesellschaftspolitisch.

»Die Europäische Union ist den Rechten und Populisten schon immer ein Dorn im Auge gewesen«, sagte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, 2013 auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin. Immer deutlicher wird inzwischen, dass die Gefahr, die vom rechtsextrem-neonazistischen, offen systemfeindlichen Lager für die Zukunft der Europäischen Union, für die Fortentwicklung ihrer Institutionen und für ihre demokratischen, menschenrechtsbasierten Gesellschaften ausgeht, von jener, die vom Rechtspopulismus ausgeht, noch übertroffen wird, weil dieser salonfähiger und anschlussfähiger und daher eher in der Lage ist, den politischen Mainstream zu beeinflussen.

Rechtspopulismus lässt sich als ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen beschreiben, als Folge ökonomischer Verteilungs-, kultureller Identi-

täts- und politischer Repräsentationskrisen. Die Grenzen zum Rechtsextremismus sind zwar oft fließend, die Feindbilder der Rechtspopulisten sind jedoch vergleichsweise flexibel und in gewissem Maße austauschbar. Besonders geeignet sind Feindbilder wie Migrant/innen, »der Islam« oder eben auch die EU, mithilfe derer man sich kulturell gegen das »Fremde« abgrenzen und das Nationale betonen kann, mit denen sich Bedrohungen konstruieren und Verschwörungstheorien befeuern lassen.

44 % der Deutschen hegen abwertende Ansichten gegenüber Asylsuchenden, 18 % gegenüber Muslimen, so die Ergebnisse der FES-Studie *Fragile Mitte – Feindselige Zustände* von 2014. 24 % sagen, »Deutschland wäre ohne die EU besser dran«, und 51 % meinen, »Deutschland muss mehr Stärke gegenüber Brüssel zeigen«. Dabei ist die auf den Straßen, im Netz und in so manchem intellektuellen Diskurs zunehmend aggressive Europaablehnung vor allem Bestandteil der grassierenden, antipolitischen Elitenverachtung: ebenfalls ein Charakteristikum rechtspopulistischer Orientierungen und ein europaweites Phänomen, das sich in Deutschland nur jenseits der Einstellungsebene erst relativ spät zu manifestieren begonnen hat.

Inzwischen aber ist es da: in Heidenau, bei den »Pegida-Spaziergängen« oder in parteipolitischer Gestalt der AfD, deren häufig anzutreffende Kennzeichnung als »euroskeptisch« bereits vor ihrer Spaltung sehr verkürzt war. Von Anfang an stand die Partei für weit mehr als »nur« marktradikale Anti-Euro-Polemik.

Rechtsextreme und menschenfeindliche Orientierungen, auch dies ein Ergebnis der FES-Mitte-Studie, gehen einher mit Zweifeln an Demokratie und negativen Haltungen gegenüber der EU. »Die da oben«, »die Politiker«, »die Medien«: All diese dumpfen Anti-Establishment-Reflexe bündeln sich im Unwort von der »Lügenpresse«, und kaum etwas bedient dabei den elitenfeindlichen Diskurs so gut wie das Zerrbild von den »Brüsseler Bürokraten«. Dabei spielt es den Rechten in die Hände, dass ein undifferenziertes EU-Bashing auch bis weit in an sich europaaffine Milieus anzutreffen ist. Wer sich dieser Stammtischverlockung hingibt, ignoriert allerdings, dass es meist die Mitgliedsstaaten sind, die blockieren, verhindern und verantwortlich sind für in der Tat bisweilen absurde Pseudo-Kompromisse nach nächtelangen Gipfeltreffen und für offenkundige Defizite, wie das Fehlen einer einheitlichen europäischen Zuwanderungs- und Asylpolitik. Wie wenig das landläufige Vorurteil ineffektiver und realitätsferner Bürokraten mit der EU-Realität zu tun hat, beschreibt auf sehr bereichernde Weise der österreichische Autor Robert Menasse in seinem Essay *Der Europäische Landbote*, der 2013 mit dem Preis »Das Politische Buch« ausgezeichnet worden ist. Bedauerlicherweise aber finden anti-europäische Parolen – häufig in einem ethnokulturellen Gewand –, die auf Abgrenzung statt Integration setzen, auch in der jüngeren Generation Widerhall. Die angenehmen Seiten eines zusammengewachsenen Europas mit offenen Grenzen und vielfältigen Lebensperspektiven werden für selbstverständlich genommen, ansonsten aber ist es momentan

offenbar eher cool anti-EU zu sein. Neurechte Gruppen wie die »Identitären« nutzen das aus, indem sie mit Sprüchen wie »Ja Europa! Nein Union« locken und das kulturrassistische Konzept eines »Europas der Völker« propagieren.

Europas Feinde von rechts finden sich allerdings nicht nur außerhalb sondern auch innerhalb der Institutionen: In mehreren EU-Staaten sitzen Rechtspopulisten an den Kabinetttischen. Und wenn sich die EU-Staats- und Regierungschefs treffen, ist der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán mit dabei: Ein Rechtspopulist und Verächter des liberalen Europas, der mit breiter parlamentarischer Mehrheit in nicht unwesentlichen Teilen das Wahlprogramm der rechtsextremen Partei Jobbik in Regierungspolitik umsetzt. Ein guter Freund der bayerischen CSU-Landtagsfraktion, der die hohen und weitgehend unerfüllten ökonomischen Erwartungen seiner Bevölkerung an die EU-Mitgliedschaft manipuliert, indem er Plakate kleben lässt, auf denen »mehr Respekt« gegenüber Ungarn seitens der EU gefordert wird. Die üppigen Fördergelder aus Brüssel nimmt die Fidesz-Regierung freilich gleichzeitig gerne an. Von der Einschränkung der Medienfreiheit bis hin zu Verfassungsänderungen, mit denen u.a. die Befugnisse des Verfassungsgerichts beschnitten wurden: Die Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien in Ungarn hat längst ein solches Ausmaß angenommen, dass das Land keine Chance auf einen EU-Beitritt hätte, wäre es nicht schon Mitglied.

Doch nicht nur auf der Ebene der Mitgliedsstaaten sondern auch im Europäischen Parlament hat es die EU mit Feinden in den eigenen Reihen zu tun: Dem derzeitigen Europaparlament mit insgesamt 751 Abgeordneten gehören 156 Abgeordnete an, die der EU skeptisch bis feindlich gegenüberstehen. Das sind 63

*Rechtspopulisten
an den
Kabinetttischen*

mehr als in der vorangegangenen Wahlperiode. Im Juni dieses Jahres gelang es Marine Le Pen, deren Front National bei der Europawahl in Frankreich mit 25 % stärkste politische Kraft geworden war, eine rechtsradikale Fraktion mit Namen »Europa der Nationen und der Freiheit« im Europäischen Parlament zu bilden. Zusammen mit ihr hatte vor allem der Niederländer Geert Wilders dieses Vorhaben vorangetrieben. Bereits im Wahlkampf hatten die beiden eine solche Fraktion angekündigt, waren damit aber zunächst gescheitert, weil sie die in der Geschäftsordnung festgeschriebenen Mindestanforderungen zur Fraktionsgründung (mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern) nicht erreicht hatten. Neben der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV) und dem Front National gehören der Fraktion unter anderem die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der italienischen Lega Nord an. Dabei beschränken sich radikal rechte Abgeordnete keineswegs nur auf diese Fraktion und die Gruppe der Fraktionslosen (darunter der NPD-Abgeordnete Udo Voigt). Vielmehr gehören die Schwedendemokraten und die United Kingdom Independence Party (UKIP) zur Fraktion »Europa der Freiheit und der direkten Demokratie«. Die AfD, die Dänische Volkspartei und die Partei Die Finnen sitzen zusammen mit den britischen Tories in der Fraktion »Europäische Konservative und Reformen«, und die ungarische Regierungspartei Fidesz gehört sogar zur christdemokratischen Fraktion der Europäischen Volkspartei.

Für die Rechtsradikalen ist die Fraktionsbildung auf europäischer Ebene vor allem ein finanzieller Erfolg. Schätzungen zufolge wird sich die durch den Fraktionsstatus bedingte öffentliche Förderung für die verbleibende Wahlperiode auf insgesamt rund 17,5 Millionen Euro belaufen. Zweifellos liegt hier die Hauptmotivation für das Projekt. Persönliche Rivalitäten, Partikularinteressen und ideologische Un-

terschiede haben bislang verhindert, dass es eine vereinigte und abgestimmt agierende Euro-Rechte gibt. Es ist aber keineswegs gesagt, dass das immer so bleiben muss.

Europa im Allgemeinen und die EU im Besonderen stehen vor vielfältigen globalen Herausforderungen, angesichts derer eine Politik der Re-Nationalisierung keine Option ist, erst recht nicht für die sozialdemokratischen Parteien in Europa. Der mühsame aber notwendige Weg einer Vertiefung der europäischen Integration wird jedoch nur gelingen, wenn die Weiterentwicklung der EU auf beiden Ebenen vorangetrieben wird: aus den europäischen Institutionen heraus und von den Mitgliedsstaaten. Drei Bereiche erscheinen für diese Weiterentwicklung von besonderer Bedeutung zu sein:

Zum einen – um einmal mehr Willy Brandts berühmten Satz in Anspruch zu nehmen: Die EU muss weitergehen auf dem Weg, mehr interne Demokratie zu wagen und auf diese Weise einer andauernden Repräsentationskrise entgegenwirken. Mehr Rechte für das Parlament und das Modell der Spitzenkandidaten, das es bei der letzten Europawahl erstmals gab, sind sicherlich richtige Schritte auf diesem Weg.

Zweitens gilt es, das zivilgesellschaftliche und soziale Selbstverständnis Europas zu verteidigen. Das Europäische Sozialmodell mag durch die globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen unter Druck sein, aber letztlich ist es auch Europas Stärke. Nur wenn die EU mehr ist als Währungsunion und freie Märkte, kann sie als Alternative zu autoritären Staats- und Wirtschaftsmodellen und als werteorientierte Gemeinschaft offener, demokratischer und sozialer Gesellschaften bestehen.

Drittens schließlich ist über die humanitäre Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise hinaus die Gestaltung der europäischen Zuwanderungsgesellschaften vielleicht die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre. Gerade weil europaweit die einfachen Antworten, die die radikale Rechte auf

komplizierte Fragen in einer globalisierten Welt gibt, auch in traditionell sozialdemokratischen Wählerschichten auf fruchtbaren Boden treffen, ist es so wichtig, der populistischen Versuchung zu widerstehen. Das heißt, das europäische Gesellschaftsmodell aktiv und offensiv zu verteidigen und allen Versuchen entschlossen entgegenzutreten, soziale Konflikte zu ethnisieren bzw. die soziale Frage in nationalistischem Sinne umzudeuten. Rechte Parteien neuerer Prägung würden zunehmend markt-radikale und wohlstandschauvinistische Positionen vertreten und diese mit (Standort-)Nationalismus verknüpfen, schreibt der Politikwissenschaftler Alexander Häusler in seiner aktuellen Publikation *Die AfD: Partei des rechten Wutbürgertums am Scheideweg*. In Zeiten von Sozialabbau, Standortkonkurrenz, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Zuwanderung von außen,

jeder Form von nationalistischem Sozialpopulismus eine auf Gleichwertigkeit basierende sozialdemokratische Politik entgegenzustellen, wäre eine klare und wirkungsvolle Antwort auf die Bedrohung Europas durch seine Feinde von rechts.

Europa werde zu einem farbigen Kontinent, ob uns das nun passe oder nicht, formulierte Umberto Eco kürzlich in einem Buchbeitrag zum Thema Kultur und Migration in Europa. Und Robert Menasse prognostiziert im *Europäischen Landboten*, dass entweder das Europa der Nationalstaaten untergehen werde oder das Projekt der Überwindung der Nationalstaaten. Beide Aussagen treffen zu, und beide beschreiben die politisch-propagandistische Kampfzone, in der sich die Auseinandersetzung mit der europafeindlichen radikalen Rechten in den nächsten Jahren abspielen wird.



Ralf Melzer

war freier Journalist und ist seit 2004 in verschiedene Funktionen im In- und Ausland für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Derzeit leitet er im Forum Berlin den Arbeitsbereich »Gegen Rechtsextremismus«.

ralf.melzer@fes.de

Paul Magnette

Wie Europa einen Weg aus der Sackgasse findet

2015 wird wohl als das *annus horribilis* der Europäischen Union im 21. Jahrhundert im Gedächtnis bleiben. Nachdem die Gemeinschaft bereits Anfang des Jahres im Streit um die Schulden Griechenlands fast zerrissen wurde, zeigten die Mitgliedsstaaten im Sommer angesichts der vielen Flüchtlinge aus den Krisengebieten im Nahen Osten abermals ihr Unvermögen.

Tatsächlich hat Europa viele andere Krisen bewältigt und jedes Mal waren es eben diese Krisen selbst, die Europa stark gemacht haben. Aber es wäre falsch, den Schaden zu unterschätzen, den das dop-

pelte Versagen in der Griechenland- und Flüchtlingsproblematik angerichtet hat. Hier offenbaren sich nämlich die Fehler, die bereits bei der Gründung des gemeinsamen europäischen Projektes gemacht wurden. Und diese könnten zu einer kompletten Lähmung Europas führen.

Langfristig betrachtet beschrieb der französische Historiker Ferdinand Braudel die europäische Integration als »ein Wettrennen zwischen freier Wirtschaft und staatlicher Kontrolle, in dem es die Wirtschaft, ständig in der Bedrohung lebend übervorteilt zu werden, bis heute immer